



Putin „den Stecker ziehen“ oder Geschäfte anbieten?

Dr. Klaus Olshausen

September 2026

Zusammenfassung

Nach dem NATO-Gipfel 2008 gab es keine Schritte, der Ukraine die angebotene NATO-Mitgliedschaft tatsächlich zu ermöglichen. Ob eine Mitgliedschaft die Invasion verhindert oder aber einen Krieg nur beschleunigt hätte, wird kontrovers beurteilt. Russland hat schon im Dezember 2021 klargemacht, dass es für weitere Ziele als die Ukraine plante. Nach 2014 gab es keine Unterstützung der Ukraine für einen gegen Russland abschreckungsfähigen Staat. Jeder Gedanke an aktive Unterstützung gem. Artikel 51 der VN-Charta wurde 2022 mit dem Ruf „Das wäre der dritte Weltkrieg!“, versenkt. Nach Putins Invasion häuften sich Aussagen zum Artikel 5, oft mit den Worten „Wir werden jeden Zentimeter des NATO-Gebiets verteidigen.“ Die NATO- und EU-Staaten begannen, in ihre Verteidigungsfähigkeit zu investieren. Die NATO vereinbarte erstmals seit 1990 wieder regionale Verteidigungspläne von Nord bis Süd.

Aber daneben kommt der Kohäsion ausschlaggebende Bedeutung zu.

Es steckt also viel „schonungslose Diagnose“ einer bedrohlichen Lage, klare Haltung zu Werten und Interessen, sowie v.a. die Bereitstellung und Verfügbarkeit aller Mittel in einer glaubwürdigen Abschreckung sowie einem „favorable outcome“ aus jeder Konfrontation oder eben jedem Angriff eines Dritten. – Es bleibt noch viel zu tun.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Seit dem Aufmarsch Russlands gegen die Ukraine ab dem Herbst 2021 und verstärkt mit Beginn von Putins Invasion am 24. Februar 2022 hörte man zwei gegensätzliche Aussagen zum „Artikel 5“. Es gab Regierungen, die darauf hinwiesen, dass eine Umsetzung der Zusage der NATO in Bukarest 2008: „Ukraine will become member of NATO“, eine deeskalierende Wirkung auf die russische revisionistische Offensiv-Strategie hätte haben können. Andere stellten nüchtern fest, dass für die Ukraine keine Art einer Artikel-5-Unterstützung infrage komme.

Mit Beginn des russischen Angriffs mag es nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in Staatskanzleien und Ministerien durchaus Seufzer der Erleichterung gegeben haben, dass es nicht zur Umsetzung der Aussage von Bukarest gekommen ist. Und bei aller Verurteilung des Angriffs gab es weder individuell noch als „Koalition der Willigen“ Überlegungen, geschweige denn Planungen, zur Unterstützung der Selbstverteidigung der Ukraine, die völkerrechtliche Möglichkeit des Artikel 51 der VN-Charta zur gemeinsamen kollektiven Selbstverteidigung aktiv zu nutzen. Jeder Gedanke daran wurde mit dem Ruf: „Das wäre der dritte Weltkrieg.“ versenkt.

Da Putin mit Vertragsentwürfen an die USA und die NATO im Dezember 2021 klargemacht hatte, dass seine Ziele nicht auf die Ukraine begrenzt waren und bleiben, sondern sich auch gegen den „kollektiven Westen“ richten, häuften sich nun Aussagen in unterschiedlicher Wortwahl zum Artikel 5 des Washingtoner Vertrags von 1949. Die am meisten genutzte Aussage waren Formulierungen: „Wir“ (die Mitglieder der NATO) werden jeden Zentimeter des NATO-Territoriums verteidigen“.

Wortwahl und Häufigkeit dienten zunächst der eigenen Selbstvergewisserung und mit dieser dann auch der Abhaltung Russlands von risikoreichen offensiven Aktionen. Man kann bilanzieren, dass die Ukraine selbst und ohne Partner bis 2021/22 keine glaubwürdige Abschreckung gegen Putins Aggressionsgelüste aufbauen konnte.

Dies auch deshalb, weil Amerika und Europa nach der Krimannexion 2014 und den anschließenden Separatistenkämpfen in der Ostukraine die Wehrfähigkeit der Ukraine, geschweige denn seine Streitkräfte, materiell und finanziell nicht einmal hinreichend unterstützt haben.

Die europäischen NATO- und EU-Staaten investieren, insbesondere seit der „Zeitenwende“ 2022, in erheblichem Umfang in die Ausstattung der Streitkräfte und – in unterschiedlichem Maße – die zivile Verteidigung. Und die NATO mit ihren Mitgliedstaaten hat erstmals seit dem Kalten Krieg wieder detaillierte regionale Verteidigungspläne vorbereitet.

Es erfolgen also viele Schritte, um die Verteidigungsfähigkeit soweit zu verbessern, dass – nun auch mit den gewonnenen Erfahrungen aus dem Abwehrkampf der Ukraine – die Fähigkeiten nicht nur die Selbstvergewisserung erfüllen, sondern auch eine Abschreckungshöhe erreichen können, die einen möglichen Angreifer unter Abwägung seiner eigenen Risiken von Aktionen Abstand nehmen lässt, die bereits unterhalb eines kinetischen Angriffs kriegserische Wirkung erzielen.

Aber neben den vielfältigen, auch ganz neuen Fähigkeiten, die durchaus rascher aufwachsen könnten, kommen der Kohäsion unter den Verbündeten und ihrem (unbeugsamen) Willen füreinander einzustehen entscheidende Bedeutung zu. Schon in den Einsatzszenarien und den Kriseneinsätzen außerhalb der Allianz war „the cohesion of the Alliance“ Ankerpunkt jeder Operation. Schon in der ersten Präsidentschaft von Donald Trump und noch vehementer in seiner zweiten führten kritische Aussagen und Abstand signalisierende Maßnahmen zu Auseinandersetzungen und Zweifeln an der Sicherheitszusage der US-Administration bei der Bereitstellung



wichtiger konventioneller Fähigkeiten, aber eben auch am Festhalten glaubwürdiger „erweiterter Abschreckung“.

Die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel war die erste, die das – pikanterweise in einer Bierzeltrede – im März 2017 erstmals klar artikuliert: *„Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei. Das habe ich in den letzten Tagen erlebt. Und deshalb kann ich nur sagen: **Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in die eigene Hand nehmen.**“*

Aber auch bei den Verbündeten in Europa und Mitgliedstaaten der EU kann man bei der Festigkeit der Solidarität und Intensität des Aufwuchs zur Landes- und Bündnisverteidigung von Ost nach West und Nord nach Süd durchaus erkennbare Unterschiede erkennen.

An zwei kürzlichen Ereignissen kann das beleuchtet werden. Einen vermutlich erneuten russischen Drohnenflug in den polnischen Luftraum nutzte Präsident Tusk, um die bestehende Kriegsgefahr Russlands auch gegen NATO-Staaten zu unterstreichen, im Einklang mit Präsident Macron. Als herbe Replik unterstellte der Ministerpräsident der Slowakei, Robert Fico, dass „bestimmte Kriegstreiber“ innerhalb der NATO versuchten, eine direkte Konfrontation zwischen der NATO und Russland anzustreben.

Bei solchen Diskrepanzen ist es sinnvoll, die entscheidenden Elemente für den Grundsatz: „Einer für alle, alle für einen“, aus dem Washingtoner Vertrag von 1949 zu betonen. Da der Artikel 5 keinen Automatismus beinhaltet, kommt es für die „Bündnisverteidigung“ v.a. auf vier Punkte des Vertrags an:

- + das Entstehen für die gemeinsamen Werte von Frieden, Freiheit, Recht und Wohlstand;
- + das Vertreten der gemeinsamen Interessen für eine regelbasierte internationale Ordnung und die Gleichheit aller Nationen;
- + maßgeblich bleibt, dass jeder für die „gemeinsame Widerstandskraft“ kontinuierlich seinen abgestimmten Beitrag leistet und schließlich
- + die engen Konsultationen über bedrohliche Lagen oder offensive Aktionen bilden das Fundament für konkrete Entscheidungen zur Verstärkung der Abschreckung und – wenn notwendig – zur Verteidigung gegen jedweden Angriff gegen einen oder mehrere Bündnispartner.

Es steckt also viel „schonungslose Diagnose“ einer bedrohlichen Lage, klare Haltung zu Werten und Interessen, sowie v.a. die Bereitstellung und Verfügbarkeit aller Mittel für einen „favorable outcome“ aus jeder Konfrontation oder eben jedem Angriff. – Es bleibt noch viel zu tun.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.



Klaus Olshausen